



Ökozid

Konzerne unter Anklage

Internationales Monsanto Tribunal, Den Haag 2016

Impressum

Herausgeber

Verein Europäisches BürgerInnen Forum (EBF), Basel

Verlag und Copyright

Europäisches Bürgerforum EBF / CEDRI

St. Johannis-Vorstadt 13, CH-4001 Basel

Das Zitieren von Auszügen dieses Berichts mit Quellenangabe und Rückinformation (an ch@forumcivique.org) ist ausdrücklich erwünscht.

Übersetzungen aus dem Englischen und Französischen

Walter Beutler, Esther Gerber, Peter Gerber, Michael Rössler

Gastbeiträge

Emilie Gaillard, Raymond Gétaz, René Lehnerr, Hans Rudolf Herren,

Dick Marty, Marie-Monique Robin, Olivier de Schutter

Bearbeitung

Michael Rössler und Manouk Fiechter

Redaktion

Esther Gerber und Michael Rössler

Gestaltung und Layout

Johannes Dahmke

Druck

Ropress, Zürich

Anmerkung der Redaktion

Alle Bezeichnungen sind grundsätzlich geschlechtsneutral gemeint, die Schreibweise wurde den AutorInnen und ÜbersetzerInnen freigestellt.

ISBN: 978-3-033-06397-6

CHF 15.-, EUR 12.- Solidaritätspreis: CHF 50.-/ EUR 40.-

Spenden in CHF an: PC 40-8523-5

Spenden in EUR an: BKB-EURO-KONTOIBAN: CH560077 0016 5490 9272 8

BIC: BKBBCHBBXXX

Der Verein EBF ist in der Schweiz als gemeinnützig anerkannt.

Fotos:

Wir danken Mathieu Asselin, Fotograf in Arles und New York, für die grosszügige Bereitstellung von seinen Fotos und von Abbildungen aus Werbebroschüren Monsanto's, welche er für seine Ausstellung «Monsanto, une enquête photographique» verwendet hat. Mehr Informationen über seine Arbeit gibt es im Anhang.

Fotos des Tribunals und der ZeugInnen stammen von der Webseite www.monsantotribunal.org

Fotos ohne Angaben kommen aus dem EBF-Archiv oder es ist uns nicht gelungen, die FotografInnen zu kontaktieren. Diese haben wir mit der Überzeugung abgedruckt, dass die FotografInnen dieses Buch sicherlich unterstützt hätten und bedanken uns herzlich!

«Dieses Treffen ist nicht nur ein Kampf gegen eine multinationale Firma, es ist ein Engagement für das Leben und die Freiheit. Es geht darum, die grossen Unternehmen zu stoppen, die unser Ernährungssystem und unsere Landwirtschaft kolonisieren, indem sie unsere Mutter Erde für ihre Profite verklaven. (...) Es ist ein Kampf für die Menschheit und die Zukunft des Planeten.»

Nnimmo Bassey, Nigeria, Schriftsteller und Umweltschützer

Ökozid



Konzerne unter Anklage

Internationales Monsanto Tribunal, Den Haag 2016

Vorwort	11
Dick Marty	
Die Idee	14
Interview mit René Lehnherr	
Der Kreis erweitert sich	20
Drei Gründe	24
Olivier de Schutter	
Ein Prozess kommt ins Rollen	27
Die Richterinnen und Richter	32
Die Gerichtssekretäre	
Die Anwältinnen und Anwälte	
Zeuginnen und Zeugen	
Giftige Spuren in Argentinien	36
Diego Fernandez Bantle, Landwirt	
Damián Verzeñassi, Arzt für öffentliche Gesundheit	
Liz Maria Robledo, Mutter eines behinderten Kindes	
Tödliche Reisfelder	40
Kolon Arachchige Saman Prasanna, Landwirt in Sri Lanka	
Channa Jayasumana, Experte für Umwelt und Gesundheit	
Das Elend der Tiere	42
Ousmane Tiendrebeogo, Landwirt, Burkina Faso	
Krishan Bir Chaudhary, Bauernführer, Indien	
Ib Borup Pedersen, Schweinezüchter, Dänemark	
Art Dunham, Tierarzt, USA	
Monika Krüger, Tierärztin, Deutschland	

Manipulation demokratischer Prozesse	46
Miguel Lovera, Agronom, Paraguay	
Marcelo Firpo, Umwelt- und Gesundheitsforscher, Brasilien	
Shiv Chopra, Wissenschaftler, Kanada	
Behinderung der Wissenschaft	51
Am Beispiel von Gilles-Eric Séralini, Molekularbiologe	
Kriegsverbrechen	56
Operation «Ranch Hand» in Vietnam	
Die Stimme der Opfer in Vietnam	
Plädoyer von Jackson Nyamuya Maogoto	
Die Geschädigten	58
Die Expertinnen und Experten	
Schlusswort des Gerichts	62
Richterin Françoise Tulkens	
Roundup: Gift ohne Ende	66
Marie-Monique Robin	
Die «Monsanto Papers»	70
Esther Gerber	
Das Rechtsgutachten	72
1. Das Recht auf eine gesunde Umwelt	
2. Das Recht auf Nahrung	
3. Das Recht auf Gesundheit	
4. Das Recht auf Freiheit der Wissenschaft und der Meinung	
5. Beihilfe zu Kriegsverbrechen	
6. Das Verbrechen des Ökozides	

Appell des Tribunals	79
Ökozid und das Recht der kommenden Generationen	80
Emilie Gaillard	
Resonanzen und Aussichten	82
Nachwort	86
Marie-Monique Robin	
Mit Essen spielt man nicht! Eine Welt ohne Agrarkonzerne?	
Weltweite Proteste gegen «Monsanto Protection Act»	88
René Lehnherr	
Biologischer Landbau kann die Welt ernähren	90
Hans R. Herren	
Für eine radikale Wende in der Landwirtschaft	93
Raymond Gétaz	
Die Konzernverantwortungsinitiative	96
Saatgut für alle.....	98
Anhang	
Referenzgrundlagen	100
Vorgehensweise und Realisierung	101
Monsanto in Kürze	102

Die Fusion	104
Bayer übernimmt Monsanto	
Einladung an Monsanto	106
Brief an Bayer	110
Zielsetzungen EBF	112
Bisherige Publikationen des EBF	114
«Monsanto, a photographic investigation»	115
Mathieu Asselin	
Schwarzbuch Syngenta	116
Spenden	118
Adressen	119



SAUGET, ILLINOIS, 2012

MATHIEU ASSELIN

Vorwort

Dick Marty, Altständerat und ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Die Entwicklung scheint unaufhaltsam und droht das geopolitische Gleichgewicht ebenso wie den sozialen Zusammenhalt zu zerstören. Trotzdem wird das Phänomen von der Politik kaum beachtet oder bestenfalls deutlich unterschätzt. Allerdings bleibt die wachsende wirtschaftliche Konzentration hin zu grossen internationalen Konglomeraten nicht ohne Auswirkungen auf das politische Gleichgewicht und die Institutionen. Die Globalisierung nützt hauptsächlich den grossen Unternehmen und vertieft in bedrohlicher Weise die Kluft zwischen wirtschaftlicher Realität und dem rechtlich-institutionellen Rahmen. Eine wachsende Zahl multinationaler Gesellschaften hat eine finanzielle Grössenordnung erreicht, die jene der Mehrzahl von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen übersteigt. Diese finanzielle Stärke geht meist einher mit echter politischer Macht und einer erschreckenden Fähigkeit, Meinung und Verhalten einer Vielzahl von Menschen zu beeinflussen. Gegenüber den Multis befinden sich die Staaten mehr und mehr in einer Position der Schwäche. Jene können mühelos wählen, wo sie ihre Steuern bezahlen wollen, und schrecken – mal mehr, mal weniger diskret – auch vor Erpressung nicht zurück, um Erleichterungen zu erlangen. Arbeitsplätze sind zum Beispiel ein solches Druckmittel, um selbst den weitest entwickelten Ländern Konzessionen in Sachen Steuern oder Umwelt abzurufen. Der Einfluss dieser grossen Gesellschaften kann noch sehr viel weiter gehen und tut es auch oft. Häufig sind sie in armen und schwachen, aber rohstoffreichen Ländern ansässig und nehmen auf lokaler Ebene intensiv Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Mehrere Skandale zeugen von den ziemlich skrupellosen, bis hin zu offen verbrecherischen Praktiken gewisser Multis in Sachen Menschenrechte und Umweltschutz. Diese Wirtschaftsriesen kontrollieren den Forschungsbetrieb ebenso wie die Massenmedien. Sie haben wichtige Verbindungen zur Forschungswelt, die sie finanzieren, und sind so in der Lage, direkten Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen und die Konsumgewohnheiten zu beeinflussen.

ERWACHENDES BEWUSSTSEIN

Die Vereinten Nationen werden sich des Problems und der damit verbundenen Gefahren langsam bewusst. Sie haben inzwischen die sogenannten Ruggie-Leitlinien aufgestellt, benannt nach dem UN-Sonderbeauftragten für Unternehmen und Menschenrechte. Insbesondere halten diese fest: «die bereits bestehende Verpflichtung der Staaten, Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten, zu schützen und umzusetzen; die Aufgabe der Unternehmen als Organe der Gesellschaft mit besonderen Funktionen, sich an alle anwendbaren Gesetze zu halten und die Menschenrechte zu achten; die Notwendigkeit, dass im Fall der Missachtung von Rechten und Pflichten

angemessene und wirksame Rechtsmittel bestehen.» Diese Leitlinien sind auf alle Staaten und auf alle Wirtschaftsunternehmen anwendbar, ob sie nun international tätig sind oder nicht, und unabhängig von ihrer Grösse, ihrem Betätigungsfeld, dem Ort ihres Hauptsitzes, ihrer Gesellschaftsform und der Unternehmensstruktur.

INTENSIVES LOBBYING

Gemessen an ihrer Bevölkerungszahl ist die Schweiz bestimmt das Land mit der höchsten Dichte an multinationalen Konzernen. Dies müsste zu einer erhöhten Wachsamkeit führen, denn das Risiko für Ansehen und Ruf des Landes ist beträchtlich. Die Politik scheint sich darüber nicht allzu grosse Sorgen zu machen. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hat in einer Motion den Bundesrat dazu aufgefordert, für Unternehmen auf Gesetzesebene eine Sorgfaltspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz gemäss den Ruggie-Leitlinien einzuführen. Die Abstimmung über diesen Antrag im Plenum war ein ziemlich groteskes Schauspiel und trug bestimmt nicht dazu bei, den Ruf der ParlamentarierInnen als seriöse und unabhängige PolitikerInnen zu festigen. Die Motion wurde zunächst mit Stichtenscheid des Präsidenten angenommen. Ein intensives Lobbying durch WirtschaftsvertreterInnen in den Wandelhallen des Parlamentes hatte einige VolksvertreterInnen von der Notwendigkeit überzeugt, eine neue Abstimmung zu verlangen. Mehrere NationalrätInnen aus dem rechten Lager liessen sich ermahnen und änderten ihre Meinung dementsprechend. Die Motion wurde schliesslich zurückgewiesen, auch weil einige ParlamentarierInnen aus der Romandie vorzeitig den Plenarsaal verlassen mussten.

FÜR DIE VERANTWORTUNG DER MULTIS

Diese unglaubliche Abstimmung, der zumindest der Verdienst zukommt, den Einfluss gewisser Wirtschaftsorganisationen auf das Parlament aufgezeigt zu haben, hat zur Lancierung der «Konzernverantwortungsinitiative» geführt, die von mehr als achtzig Nichtregierungsorganisationen (NGO) getragen wird. Die Initiative verlangt rechtsverbindlich von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, dass sie die Menschenrechte und den Umweltschutz auch im Ausland achten müssen. Geschädigte hätten zudem die Möglichkeit, vor Schweizer Gerichten auf Schadenersatz zu klagen. Es ist das Mindeste, von den Unternehmen zu verlangen, dass sie eine Analyse ihrer Risiken in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen und Umweltgefährdung vornehmen, die sie bei ihren Aktivitäten im Ausland eingehen. Angesichts der Tatsache, dass in vielen Dritt-Welt-Ländern die Justiz nicht funktioniert oder alles andere als unabhängig ist, scheint es nichts als gerecht, dass sich der oder die Geschädigte an die Justiz jenes Landes wenden kann, wo das Unternehmen, das der Verletzung von Menschenrechten oder international anerkannter Umweltschutznormen bezichtigt wird, seinen Sitz hat. Ist das eine übertriebene Verrechtlichung, wie es aus Wirtschaftskreisen heisst? In keiner Weise! Man darf nicht vergessen, dass ja einzig Haftpflichtklagen eingereicht werden können. Das bedeutet, dass der Geschädigte Beweise für den erlittenen Schaden beibringen muss, und auch dafür, dass das betreffende Unternehmen seine Sorgfaltspflicht verletzt hat. Das ist alles andere als einfach, zumal die Schweizer Justiz in Haftpflichtfragen nicht gerade entgegenkommend ist.

WIRKUNGSLOSE SELBSTREGULIERUNG

Die Möglichkeit, dass ein Verfahren in Gang gesetzt werden kann, hätte bestimmt eine präventive Wirkung und würde dazu beitragen, die Unternehmen, die sich korrekt verhalten, vor skrupelloser Konkurrenz zu schützen. Trotzdem hat der Bundesrat beschlossen, die Initiative ohne jeglichen Gegenvorschlag abzulehnen. Er ist der Ansicht, dass die Selbstregulierung genüge. Das ist bedauerlich, denn die politischen Behörden beweisen einmal mehr, dass sie jeweils die Interessen der Wirtschaft – oder das, was sie dafür halten – über andere Werte stellen. Zudem und vor allem stellen sie auch ihre Unfähigkeit unter Beweis, Lehren aus den schmerzhaften Erfahrungen der Vergangenheit zu ziehen. Tatsächlich hat man keine Schlüsse daraus gezogen, was mit den Banken geschehen ist, denen man gestattet hat, sich selbst Sorgfaltsregeln aufzuerlegen. Wir wissen, zu welcher Katastrophe das geführt hat. Es hat Hunderte von Milliarden Franken gekostet, bezahlt von KleinaktionärInnen und KundInnen – während sich die Manager die Taschen vollgestopft haben. Die Selbstregulierung ist bestimmt ein schönes Prinzip. Aber es gibt immer eine kleine Minderheit, die sie torpediert und so einer ganzen Branche schadet.



DICK MARTY

ZUM BEISPIEL MONSANTO

Monsanto ist ein Musterbeispiel für die übermässige Macht und Arroganz, die ein Unternehmen auf sich vereinen kann, einerseits durch dessen Einflussnahme auf Politik und Staat, andererseits durch seine Fähigkeit, KonsumentInnen und öffentliche Meinung zu konditionieren. Der Laschheit der Politik, die oft reines Entgegenkommen bis zur Komplizenschaft zelebriert, steht glücklicherweise die Zivilgesellschaft entgegen. Dank ihr wurde das Monsanto-Tribunal ins Leben gerufen, eine mutige Initiative, die bedeutende Persönlichkeiten vereinen konnte, deren Fachkenntnis, Unabhängigkeit und Integrität nicht in Zweifel gezogen werden können. Die Erkenntnisse des Tribunals sind beunruhigend. Sie zeigen, wie ungenügend die juristischen Mittel sind angesichts der grossen Bedrohung für die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung. Das Tribunal macht ausserdem deutlich, wie notwendig der Vorrang des internationalen Rechts ist, also dasjenige der Menschenrechte und der Umweltabkommen. Der Weg ist noch lang, und es fehlt nicht an Hindernissen in Form von Sonderinteressen jeglicher Art. Wir müssen jenen dankbar sein, die sich aufgemacht haben, einen so sinnbildlichen Fall gründlich zu studieren. Die Arbeit des Monsanto-Tribunals ist eine wertvolle Ermutigung für alle, die für eine gerechtere Welt kämpfen.

Tödliche Reisfelder

KOLON ARACHCHIGE SAMAN PRASANNA,
LANDWIRT, SRI LANKA

Seit sage und schreibe 23 Jahrhunderten wird in Sri Lanka Reis angebaut. Der 1973 geborene Kolon Arachchige Saman Prasanna stammt selbst aus einer Reisbauernfamilie in der Region Padavi-Sri Pura im Osten des Landes, wo er Bauer und Präsident eines lokalen Verbandes von Landwirten ist. Seit Mitte der 1990er Jahre traten in dieser Region erste Fälle von chronischen Nierenerkrankungen (Chronic Kidney Disease, CKD) auf, die in Ländern mit tiefen Einkommen und eingeschränktem Zugang zum Gesundheitssystem massiv zum Tode führen kann. «Am Anfang hiess es, diese Nierenerkrankungen seien unbekanntem Ursprungs. In meiner Gemeinschaft waren wir aber überwiegend der Ansicht, dass diese Krankheit mit der Anwendung von Agrochemikalien zusammenhängt», so Herr Saman Prasanna in seiner Aussage am Monsanto Tribunal. Tatsächlich wurden Agrochemikalien erst seit Anfang 1980 im grösseren Stil in Sri Lanka eingesetzt. Mit den politischen Veränderungen nach 1977 trat eine Wirtschaftspolitik in Kraft, welche dem Import und der Anwendung von Agrochemikalien grossflächig den Weg ebnete – auch gegen den Willen der lokalen Bevölkerung.

In den Reisfeldern wurden Herbizide in grossen Mengen angewendet, zuerst das Produkt «Gramoxone», das jedoch bald von Roundup abgelöst wurde. Wenige Jahre später traten die ersten Fälle von chronischen Nierenkrankheiten auf und nur zwanzig Jahre später war diese Krankheit in den trockenen, fruchtbaren Zonen Sri Lankas zum wichtigsten Problem der öffentlichen Gesundheit geworden. In einem Drittel des Landes verbreitete sich die Krankheit in epidemischen Ausmassen. Schätzungsweise sind über 60'000 Menschen daran erkrankt und bereits mehr als 20'000 daran gestorben.





«Anfangs haben die Bäuerinnen und Bauern die chemischen Düngemittel und Pestizide, welche kostenlos an sie abgegeben wurden, zwar angenommen, sie jedoch nicht eingesetzt. Denn sie waren überzeugt, dass diese Mittel schädlich für die Umwelt seien. Schliesslich bekamen die Landwirtschaftsberater Wind davon und die Bauern wurden bestraft. So wurden die Agrochemikalien unserer Gemeinschaft aufgezwungen.»

Kolon A. Saman Prasanna

CHANNA JAYASUMANA, EXPERTE FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT

Im Jahr 2008 begann Channa Jayasumana eine toxikologische Studie im Rahmen seiner Doktorarbeit an der Rajarata University, um den Ursachen dieser Epidemie auf die Spur zu kommen. Er besuchte auch die Bauerngemeinschaft von Herrn Saman Prasanna. «Unsere epidemiologischen Studien untermauern die Hypothese, dass die chronischen Nierenerkrankungen der Bauern in den trockenen Zonen Sri Lankas mit dem Spritzen von Glyphosat in Reisfeldern und dem Trinken von Brunnenwasser verknüpft sind.» Wasseranalysen in den betroffenen Regionen ergaben, dass Brunnenwasser in viel stärkerem Masse mit Glyphosat belastet war als Oberflächenwasser. Urinproben von erkrankten Bauern und Bäuerinnen wiesen verschiedene Schwermetalle und Pestizidrückstände auf; am Häufigsten waren Arsen, Kadmium und Glyphosat. Eine von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unabhängig durchgeführte Studie in Sri Lanka kam zu vergleichbaren Resultaten.

EIN WEGWEISENDES VERBOT

Aufgrund dieser Studien erliess die Regierung von Sri Lanka im Dezember 2014 ein Verbot aller Herbizide, die Glyphosat enthalten. Erst betraf dieses Verbot nur die am stärksten betroffenen Regionen. Doch auf Druck der Zivilgesellschaft, von Bäuerinnen und Bauern, buddhistischen Mönchen, ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen wurde das Verbot schon im Mai 2015 auf das ganze Land ausgeweitet. Der Bauer Saman Prasanna dazu: «Ich bin sehr glücklich über diese Entscheidung, da sie (Herbizide mit Glyphosat, Anm.d.Red.) verantwortlich sind für den Tod unserer Bäuerinnen und Bauern. Gleichzeitig machen uns diese Chemikalien zu Mördern (an Lebewesen und Umwelt, Anm.d.Red.) und bringen uns von der buddhistischen Lehre ab.»

KOLON ARACHCHIGE SAMAN PRASANNA, SRI LANKA, MEMO UNTER «MULTIMEDIA» AUF WWW.MONSANTO-TRIBUNAL.ORG
CHANNA JAYASUMANA, SRI LANKA, MEMO UNTER «MULTIMEDIA» AUF WWW.MONSANTO-TRIBUNAL.ORG

Das Elend der Tiere

OUSMANE TIENDREBEOGO, LANDWIRT, BURKINA FASO

Der Zeuge erzählte vor dem Tribunal, dass Emmanuel Tétébafo, ein Bauer aus dem Dorf Kongolikan in Burkina Faso, seit mehr als zwanzig Jahren Ziegen und Schafe hält. Seine Tiere hätten auch seit je her die Blätter der auf dem Hof angebauten Baumwollpflanzen gefressen. «Aber als er zum ersten Mal gentechnisch veränderte Bt-Baumwolle¹ angebaut hatte, wurden seine Tiere krank. Kein Tierarzt konnte diese Krankheit benennen oder zuordnen.» (O. Tiendrebeogo).

¹ Bt-Baumwolle: Gene des Bodenbakteriums *Bacillus thuringiensis* werden in das Erbgut der Baumwollpflanze eingeschleust. Diese «Bt-Pflanzen» produzieren ein Insektengift, das den Baumwollkapselbohrer abtöten soll. Die Folgen dieses Eingriffs beschränken sich jedoch nicht auf den Schädling, sondern betreffen letztlich ganze Ökosysteme. Quelle: www.schule-und-gentechnik.de/lehrer/fallbeispiele/baumwolle/

Der Anbau von Bt-Baumwolle, erst 2003 offiziell in Burkina Faso eingeführt, wurde von der Regierung aktiv vorangetrieben, unter anderem mit dem Argument, so die Pestizidbelastung senken zu können. Der oben erwähnte Emmanuel Tétébafo spritzte normalerweise seine konventionelle Baumwolle sechs Mal – dennoch waren nie zuvor vergleichbare Probleme bei seinen Tieren aufgetreten. Als bald tauchten die zu Hilfe gerufenen Emissäre des Bt-Baumwolle-Herstellers auf dem Hof des Bauern auf, begleitet von zwei Gendarmen und einer Ziege. Während ihres Aufenthalts banden sie die Ziege im Baumwollfeld an. Dann nahmen sie diese, eskortiert von den Gendarmen, wieder mit und erklärten, sie würden überprüfen, ob die Ziege danach sterben würde. Zusätzlich pflückten sie ein paar Baumwollblätter, angeblich um im Labor von Monsanto zu analysieren, ob der Tod der Tiere durch die Bt-Baumwolle verursacht würde. Wenn es einen Zusammenhang gäbe, würde er entschädigt, liessen sie den Bauern wissen. Ein paar Tage später teilten sie ihm mit, dass der Tod seiner Tiere keinerlei Verbindung mit der Bt-Baumwolle habe.

«Dann fügten sie (die Emissäre, Anm.d.Red.) noch hinzu, sie hätten Monsanto um Verzeihung gebeten und sie seien dankbar dafür, dass das Unternehmen die Kosten der Laboranalysen übernommen hätte, für die er als armer Bauer nie hätte aufkommen können. Dieses Vorgehen brachte alle möglichen Anklagen in dieser Angelegenheit für immer zum Verstummen.» (O. Tiendrebeogo)



«Die Direktive der Europäischen Kommission sagt klar, dass gentechnisch veränderte Organismen gefährliche Produkte sind. (...) Aus diesem Grund empfiehlt die gleiche Kommission strikte Sicherheitsregeln beim Gebrauch von GVO. (...) Kennt der Konzern die Gefährlichkeit seiner Produkte? Wenn ja, warum nutzt er sie weiter?»

Koffi Dogbevi



DIE STIMME DER OPFER IN VIETNAM

Als erste vietnamesische Vereinigung der Opfer von Agent Orange hat VAVA im Februar 2004 eine Klage beim Bundesgericht in New York eingereicht. Diese wurde allerdings im März 2005 von Richter Jack B. Weinstein zurückgewiesen, weil der militärische Einsatz von Herbiziden nach internationalem Recht nicht verboten sei und daher nicht als Kriegsverbrechen gewertet werden könne. Die Menschen in Vietnam warten auch heute noch auf irgendeine Form von Entschädigung.

«Mehr als drei Millionen Menschen wurden Opfer von Agent Orange. Hunderttausende von ihnen sind inzwischen gestorben. Die Überlebenden kämpfen gegen grausame Krankheiten oder haben Miss- und Fehlbildungen. (...) Die durch Agent Orange verursachten Erkrankungen setzen sich in der dritten Generation – bei den Enkeln – fort und wir wissen nicht, wann das aufhört.»

SENIOR LIEUTENANT NGUYEN VAN RINH, PRÄSIDENT DER «VIETNAM ASSOCIATION OF VICTIMS OF AGENT ORANGE/DIOXIN» (VAVA). REDE AN DER «WORLD PEACE CONFERENCE» IN KATHMANDU (16.-18. NOVEMBER 2016)



Das Europäische BürgerInnen Forum

DIE ZIELSETZUNGEN

Wir sind ein internationales, solidarisches Netzwerk von unterschiedlichsten Menschen, die sich mehr Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt wünschen und sich aktiv dafür einsetzen.

Wir engagieren uns ehrenamtlich und unbürokratisch dort, wo zu viele wegschauen. Durch die Vernetzung mit anderen emanzipatorischen Initiativen versuchen wir Energien zu bündeln und der Utopie einer gerechten und friedlichen Welt einen Schritt näher zu kommen.

Die Förderung einer Selbstorganisation der Betroffenen, Öffentlichkeitsarbeit und die Leistung von Starthilfe an junge engagierte Gruppen gehören zu den Hauptanliegen in unseren Aktivitäten.

UNSERE SCHWERPUNKTE

- Engagement gegen die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft
- Grenzüberschreitende Solidarität mit MigrantInnen und Geflüchteten
- Aufbau von Anlauf- und Beratungsstellen für Sans Papiers
- Solidarität mit den Opfern der Plünderung des globalen Südens vor Ort.
- Einsatz für die Umwelt, Biodiversität und Erhaltung unserer Lebensgrundlagen
- Verteidigung der Opfer staatlicher Willkür und nationalistischer Gewalt
- Aufbau und Vernetzung von Friedensinitiativen

DIE GESCHICHTE UND NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Das Europäische BürgerInnen Forum (EBF) wurde kurz nach dem Fall der Berliner Mauer im Dezember 1989 gegründet. Die Initiative ging von engagierten Menschen* in West- und Osteuropa aus. Wir wollten die Öffnung Osteuropas nicht reinen Wirtschaftsinteressen, grossen internationalen Institutionen und den Regierungen überlassen und setzten uns als Hauptziel, direkte Kontakte zwischen den Menschen aus Ost und West herzustellen, ohne jedoch dabei die südliche Hemisphäre zu vergessen: Viele Freundschaften und mehrere gemeinsame Projekte sind daraus entstanden, vor allem in der Ukraine, in Rumänien und Ostdeutschland, aber auch im globalen Süden. Während des Krieges in Jugoslawien bauten wir ein alternatives Netzwerk von unabhängigen JournalistInnen (AIM) zwischen den ehemaligen Republiken auf, um der Kriegshetze und dem fanatischen Nationalismus auf allen Seiten entgegen zu treten.

Mit der zügellosen Wirtschaftsglobalisierung sowie den Krisen und Kriegen auf der ganzen Welt sind neue Herausforderungen auf uns zu gekommen, die in den aktuellen Aktivitäten des EBF sichtbar sind. Die Schwerpunkte haben sich teilweise verschoben, aber die Herangehensweise an neue Projekte ist gleich geblieben: sich auf Augenhöhe finden und grenzüberschreitend denken und handeln.

Forum civique !
Basel, im September 2017

Archipel

die Monatszeitschrift des EBF

Archipel erscheint seit September 1993 elf Mal im Jahr auf Deutsch und Französisch in einer Auflage von ca. 5'000 Exemplaren. Die Zeitschrift wird zum Teil im Abonnement in Deutschland, Österreich, Frankreich und vor allem in der Schweiz vertrieben. Zusätzlich wird Archipel in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika an Kontakte des EBF gratis verschickt, die sich ein bezahltes Abo nicht leisten können. Archipel berichtet über die Aktivitäten des EBF und anderer Gruppen und Individuen, bringt Reportagen und Analysen über das politische Zeitgeschehen, aber auch Gedanken zu Geschichte und Philosophie.

Jahresabo: CHF 60.- / EUR 40.-



DAS ARCHIPEL-ARCHIV FINDEN SIE UNTER:
WWW.FORUMCIVIQUE.ORG

«Anstelle einer elektoralen Demokratie der Menschen, von Menschen für Menschen gemacht, haben wir heute eine elektorale Demokratie der Konzerne - von Konzernen, für Konzerne. Wir müssen uns daher die Fähigkeit wiederaneignen, unsere Freiheit zu gestalten und kollektive Entscheidungen zu fällen für das Wohl unserer Erde, für unser eigenes Wohl und das der zukünftigen Generationen.»

Vandana Shiva

«Meine grössten Bedenken sind, dass Monsanto weltweit eine zerstörerische Landwirtschaft fördert. Riesige Monokulturen, patentierte genveränderte Samen, Pestizide, synthetische Dünger. Das ist das Gegenteil zum Weg einer nachhaltigen und ökologischen Landwirtschaft in der Zukunft. Doch Monsanto ist nicht allein: Syngenta (...) oder BASF oder Dow Chemicals und andere sitzen im selben Boot. Demnach geht es in diesem Tribunal nicht nur um Monsanto, sondern um all die riesigen Konzerne der Agroindustrie dieser Welt und deren Ausnutzung von Bäuerinnen und Bauern sowie der Umwelt.»

Florianne Köchlin

«Wir müssen uns gegen die Übermacht der Konzerne wehren, und in diesem Fall gegen einen Konzern, der nachweislich mit Umweltgiften unsere Erde zerstört.»

Konstantin Wecker

«Mein Lied «Seeds of Freedom» ist dem Kampf für die Bäuerinnen und Bauern sowie dem freien Saatgut gewidmet und wendet sich gegen Monsanto, Bayer und deren zerstörerische Landwirtschaft.»

Manu Chao